und Westjordanland, und nun auch gegen den Iran. <u>Jeder Krieg</u> ist ein Bruch des Völkerrechts!

Egal, wie es in den nächsten Monaten mit dem Krieg in der Ukraine weitergeht, eines ist in Deutschland schon erreicht: Kriegstüchtigkeit als Ziel, und zwar in allen Bereichen, vom Aufblasen der Rüstungsindustrie bis zu Kasernen- und Bunkerbau, militärtauglichen Straßen, kriegsbereitem Gesundheitssystem, Kinderfernsehen, Aufbau von Reservisten-Einheiten, Wiederbelebung des Wehrdienstes usw. usw.

Aber ohne eine **umfassende Friedensarchitektur, welche die Sicherheitsinteressen <u>aller</u> respektiert**, kann es keinen dauerhaften Frieden in der Ukraine geben, und in Nahost keinen Frieden ohne **Anerkennung der Rechte der Palästinenser**.

Mit Aufrüstung, Rüstungswettlauf und Militarisierung unserer Gesellschaft droht eine lange Eiszeit internationaler Konfrontation. Die Lösung der globalen Probleme wird blockiert, einschließlich der Klimakatastrophe.

Forderungen an die Bundesregierung:

- Deeskalation der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten: Keine weiteren Waffenexporte
- ► Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen
- Auf EU und UN-Ebene: Einsatz für Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge
- Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages
- ▶ Überdenken der NATO-Mitgliedschaft

Wir alle können nur im Frieden überleben!

| Die Attac-Regionalgruppe trifft sich | |
|--------------------------------------|--|
| | |





Attac

Juni 2025

Statt Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge: Mehr Arbeiten und Sparen!

Wo sollen die jährlichen 200 Milliarden Euro für Aufrüstung herkommen, diese 5 Prozent der Leistungen der gesamten deutschen Volkwirtschaft?- 2500 Euro pro Kopf bei 83,6 Mio. Einwohnern.

Dazu der neue Bundeskanzler Merz, Millionär und ehemaliger Funktionär des weltgrößten US-amerikanischen Vermögensverwalters Blackrock: "Wir (!) müssen in diesem Land wieder mehr arbeiten". Die 'faulen Säue' der Lohnabhängigen sollen es also richten.

Und für was? "Für unsere Sicherheit". Tagtäglich werden die Medien geflutet mit Beiträgen zu **Vorbereitung und Einstimmung** auf einen angeblich drohenden russischen Überfalls in den kommenden Jahren.

Nach Frieden sieht es im Ukraine-Krieg derzeit allerdings nicht aus, eher nach weiterer Eskalation. Wenn überhaupt ein Frieden in absehbarer Zeit zustande kommt, dann wird es ein vergifteter Frieden für die Ukraine - geschunden und ausgeblutet in einem Stellvertreter-Krieg zwischen USA und Russland. Und: geht es bei Trumps ,Deal' mit Putin wirklich um einen dauerhaften Frieden? Oder nur um eine Normalisierung der (Wirtschafts-) Beziehungen

zu Russland? Gradmesser wäre eine **Erneuerung** der von den USA einseitig gekündigten **Rüstungskontrollverträge und Abrüstungsverträge**. **Dann erst** wäre etwas für die Weltgemeinschaft gewonnen.

Die Vorstellung dagegen, eine Koalition "williger europäischer Länder" könne als "USA-Ersatz-' den Krieg gegen Russland fortführen, ist nur noch als irre zu bezeichnen. Wie viele Ukrainer und Russen sollen vor einer unausweichlichen militärischen Niederlage denn noch sterben?

Verheerend ist auch der Plan der **EU** – in Fortsetzung der Verweigerung jeglicher diplomatischer Friedensstrategien - für eine "Ära der Wiederaufrüstung" 800 Milliarden für europäische "Verteidigungssicherheit" zu mobilisieren. Diesseits und vor allem jenseits des Atlantiks knallen die Sektkorken bei Rüstungsindustrie und Geldanlegern!

Ebenso verheerend war der Eil-Beschluss im vorigen Bundestag, in Zukunft unbeschränkt Schulden für Militärausgaben aufzunehmen und sich mit gigantischen Ausgaben hoch- und kaputtzurüsten für einen zukünftigen weiteren Stellvertreterkrieg gegen Russland, möglichst noch mit Atomwaffen. - Diese Ruinierung der deutschen und der europäischen Volkswirtschaften ist genau das, was die herrschenden Eliten in der USA wollen, was deren Rüstungsindustrie will.

Und wer soll dafür bezahlen?

"Zumutungen" wären unvermeidlich, heißt es. Sie treffen ganz sicher nicht 'gehobene Mittelständler' wie den neuen Kanzler und Millionär Merz.

Weil dem Sozialstaat fehlt, was ein Rüstungsstaat an Mehrkosten verschlingt, werden drastische soziale Einschnitte für die große Mehrheit der Bevölkerung unausweichlich - eine sozialpolitische Zeitenwende. Dabei verzweifeln schon jetzt viele Menschen an den steigenden Lebenshaltungskosten. Schon jetzt haben sie die massive deutsche Unterstützung des Ukraine-Kriegs teuer bezahlt. Statt große Vermögen zu besteuern und zur Finanzierung der Sozialversicherungen heranzuziehen, wird das Argument angeblich knapper Mittel zur Keule für die Mehrheit der Bevölkerung.

Hochrüstung macht die Reichen reicher und die Armen zahlreicher

So gesehen ist der Krieg in der Ukraine mit unzähligen Opfern an Menschen, Verwüstung des Landes, Ausverkauf und Verpfändung an westliche Finanzinvestoren eine willkommene Gelegenheit, gestern, heute und morgen Profite zu machen.

Schon vor dem Krieg haben auch deutsche Unternehmen von den Billigstlöhnen in der Ukraine kräftig profitiert. Längst ist geplant, wie die hochverschuldete Nachkriegs-Ukraine unter dem US-Koordinator **Blackrock** ein zuverlässiger "Partner" werden kann - ohne lästige Arbeitsgesetze und überflüssigen Sozialklimbim. **EU** und ihre Mitgliedstaaten hoffen, von einem künftigen **Boom der ukrainischen Rüstungsindustrie** zu profitieren.

Der gnadenlose Kampf um weltweite Macht und Einfluss tarnt sich unter hochtrabendem Gerede von "westlichen Werten", Demokratie und Freiheit, insbesondere auf Kosten der Menschen im ärmeren Teil der Welt. Die große Mehrheit der Weltbevölkerung leidet an diesem Krieg und anderen Kriegen: explodierende Kosten für Grundbedürfnisse, zusätzliche Belastung ihrer Staatskassen.

Fett werden davon Rüstungskonzerne, Energiekonzerne und Lebensmittelspekulanten, Kreditgeber. Sie mästen sich an den Staatsfinanzen und jagen die Preise für Nahrungsmittel und Energie in die Höhe.

Russlands völkerrechtswidriger Einmarsch in die Ukraine steht am Ende einer Serie von Völkerrechtsbrüchen auch der NATO; etwa die NATO-Osterweiterung, der Bruch des Minsker Friedensabkommens (2015). Völkerrechtswidrig waren auch die zahllosen Kriege der USA in den letzten Jahrzehnten, einschließlich der tatkräftigen US-Unterstützung von Israels verbrecherischen Vorgehen gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza